Bund Deutscher Kriminalbeamter

Landeshaushalt 2027: Kripo braucht mehr als Planstellen

01.11.2026

Mehr Geld, mehr Personal – doch die Belastung der Kriminalpolizei bleibt hoch. In seiner Stellungnahme zum Landeshaushalt 2027 fordert der BDK NRW eine ehrliche Personalbilanz, bessere Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung. Denn zusätzliche Stellen auf dem Papier helfen wenig, wenn Personal, Zeit und Ausstattung für erfolgreiche Ermittlungen fehlen.

Mehr Geld, mehr Einstellungen – und trotzdem wächst der Druck auf die Beschäftigten. Der BDK NRW sieht im Haushaltsentwurf 2027 durchaus positive Ansätze. Doch steigende Personalkosten und zusätzliche Stellen allein lösen die Probleme der Kriminalpolizei nicht. Wer bessere Aufklärungsquoten fordert, muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen.

In seiner Stellungnahme zum Landeshaushalt 2027 macht der Bund Deutscher Kriminalbeamter NRW deutlich: Zwischen den politischen Ankündigungen und der täglichen Realität in den Dienststellen besteht weiterhin eine erhebliche Lücke.

Sparen ja – aber nicht zulasten der Ermittlungsarbeit

Obwohl der Sachhaushalt der Polizei um rund 52 Millionen Euro steigt, muss gleichzeitig eine globale Minderausgabe von 42,75 Millionen Euro erbracht werden. Wo genau gespart werden soll, bleibt offen.

Besonders kritisch sieht der BDK NRW mögliche Einsparungen beim zivilen Fuhrpark. Innerhalb eines Jahres sank die Zahl der zivilen Funkstreifenwagen von 3.957 auf 3.643. Die Ursachen dafür sind nicht abschließend geklärt.

Für den BDK NRW steht fest: **Wer die Aufklärungsquote auf 60 Prozent steigern will, darf die Kriminalpolizei nicht gleichzeitig in ihrer Mobilität einschränken.** Straftaten werden nicht allein vom Schreibtisch aus aufgeklärt.

Statt bei Ermittlungsfahrzeugen zu sparen, sollte die Landesregierung prüfen, ob polizeiliche Radarwagen an die Kommunen abgegeben werden können. Die Polizei trägt bislang die Kosten, während die Einnahmen aus Verkehrsverstößen den Kommunen zufließen.

Auch bei der Ausstattung der Dienststellen besteht Handlungsbedarf. Dazu gehören moderne Arbeitsmittel ebenso wie wirksamer Gesundheitsschutz bei hohen Temperaturen. Der Klimawandel macht schließlich nicht vor den Türen der Polizeibehörden halt.

Mehr Einstellungen bedeuten nicht automatisch mehr verfügbare Polizei

Die steigenden Einstellungszahlen sind erfreulich. Zwischen 2022 und 2025 wuchs der Stellenbestand der Direktion Kriminalität landesweit um rund 407 Stellen beziehungsweise 4,5 Prozent.

Doch diese Zahlen erzählen nur einen Teil der Wahrheit. Teilzeit, Abwesenheiten, Mehrdienst und zusätzliche Einsatzbelastungen beeinflussen erheblich, wie viel Personal tatsächlich für die tägliche Ermittlungsarbeit zur Verfügung steht.

Wie angespannt die Situation ist, zeigen die besonderen Einsatzlagen: Allein bei den Ermittlungen zum schweren Bandendiebstahl in einer Sparkassenfiliale in Gelsenkirchen-Buer wurden 4.491 Zwölf-Stunden-Schichten durch Beschäftigte der Kriminalpolizei geleistet.

Diese Kräfte fehlen währenddessen im Alltagsgeschäft. Die Verfahren verschwinden deshalb nicht – sie bleiben liegen oder müssen von anderen Kolleginnen und Kollegen übernommen werden.

Wer nur Planstellen zählt, aber die tatsächlich verfügbare Arbeitszeit ausblendet, rechnet sich die Personalsituation schön.

Der BDK NRW fordert deshalb eine erneute Evaluation der belastungsbezogenen Kräfteverteilung und zusätzliche organisatorische Unterstützung für besondere Einsatzlagen.

Auch die hohe Abbruchquote im Polizeistudium gibt Anlass zur Sorge. Im Einstellungsjahrgang 2023 lag sie bei 26,2 Prozent. Hinzu kommt der Verlust wertvoller Erfahrung durch den Wegfall der freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung.

Kriminalität wächst – die Ressourcen müssen mithalten

Betrugsdelikte, Cybercrime, umfangreiche Wirtschaftsverfahren und zusätzliche Aufgaben der Gefahrenabwehr stellen die Kriminalpolizei vor immer größere Herausforderungen.

Digitale Ermittlungen können innerhalb kürzester Zeit Tausende neue Ermittlungsansätze und Verfahren auslösen. Gleichzeitig binden komplexe Wirtschaftsstrafverfahren über Jahre erhebliche personelle Ressourcen.

Hinzu kommen steigende Belastungen durch Todesermittlungen und außergewöhnliche Einsatzlagen.

Der BDK NRW erwartet deshalb eine Personalplanung, die sich an der tatsächlichen Aufgabenlast orientiert – und nicht allein an verfügbaren Haushaltsmitteln.

Besoldung und Tarif: Wertschätzung muss auf dem Konto ankommen

Auch die geplante Besoldungsreform überzeugt den BDK NRW weiterhin nicht. Trotz Nachbesserungen und verlängertem Bestandsschutz drohen Familien finanzielle Einbußen. In Düsseldorf können Beamte mit zwei Kindern künftig beispielsweise rund 400 Euro weniger erhalten.

Die Einbeziehung eines fiktiven Partnereinkommens lehnt der BDK NRW ebenso ab. Auch die verfassungsrechtliche Kritik an der Reform bleibt bestehen.

Bei den Tarifbeschäftigten fordert der BDK NRW erneut die stufengleiche Höhergruppierung im TV-L. Wer höherwertige Aufgaben übernimmt, darf nicht dadurch benachteiligt werden, dass erworbene Berufserfahrung bei der Stufenzuordnung und Stufenlaufzeit teilweise verloren geht.

Mehr Verantwortung muss sich finanziell lohnen – für Beamtinnen und Beamte ebenso wie für Tarifbeschäftigte.

Gute Polizeiarbeit gibt es nicht zum Spartarif

Der BDK NRW erkennt an, dass das Land in Personal und Ausstattung investiert. Entscheidend ist jedoch, was davon tatsächlich bei den Beschäftigten und in der täglichen Ermittlungsarbeit ankommt.

Eine leistungsfähige Kriminalpolizei braucht ausreichend verfügbares Personal, moderne Ausstattung, verlässliche Mobilität und eine faire Bezahlung.

Wer mehr Sicherheit und bessere Aufklärung verspricht, muss der Kriminalpolizei auch die Mittel dafür geben. Alles andere bleibt politische Ankündigung auf Kosten der Beschäftigten.

Die vollständige Stellungnahme des BDK NRW zum Haushaltsgesetz 2027 wurde für die Anhörung des Unterausschusses Personal des Landtags NRW am 3. November 2026 eingereicht.

Schlagwörter
Nordrhein-Westfalen
diesen Inhalt herunterladen: PDF